

Die Konzentration des Kapitals.

In der heutigen bürgerlichen Oekonomie stoßen wir oft auf Behauptungen und Behläge über die wirtschaftliche Entwicklung, welche uns ein Lächeln über die bewußte oder unbewußte Verkennung der Thatfachen abzwängen. Es soll nun aber heute nicht unsere Aufgabe sein, kritisch an diese oder jene Behauptung eines Verehrers des „goldenen“ Mittelstandes, oder Trägers des Innungssofdes heranzutreten, sondern wir wollen an der Hand der Statistik oder sonstiger Thatfachen, die sich über solche Kleinigkeiten hinwegsetzende Konzentration des Kapitals beweisen. Dem aufmerksamen Beobachter der wirtschaftlichen Vorgänge wird die von den Tageszeitungen immer ausposaunte Bildung von großen Aktiengesellschaften, Riesenfirmen oder sonstigen Unternehmungen nicht entgangen sein, und es ist wirklich interessant, wie die großen Mächtigkeiten der Unternehmungen schwachmatt zu stellen versuchen. Aber was schadet dies, die Blüthe der Industrie verlangt solche Opfer, und die „altberbrachte Ordnung“ kennt keine Schranken.

Vor uns liegt zunächst die Betrachtung eines bürgerlichen Zeitungsmanuskripts über den Nationalreichtum, welchen die Vereinigten Staaten von Nordamerika aufzuweisen haben. Da wir uns nun auch für vergleichende Sachen interessieren, so wollen wir unsern Lesern dieses Nationalreichtum nicht vorenthalten. Der Artikel bringt eine Liste von Personen, welche es durch den Ertrag „ihrer Arbeit“ zu einem Vermögen von 5 Mill. Dollar und darüber gebracht haben. Die Liste umfaßt 122 Personen, die zusammen das Riesenkapital von 1552 Mill. Dollar besitzen; unter ihnen sind zwei mit je 125 Mill., einer mit 100 Mill., und je einer mit 80, 75, 40 und 35 Mill. Dollar Vermögen. Es würde zu weit führen, die ganze Reihe dieser Millionenmenschen Revue passieren zu lassen, und da wir auch Gefahr laufen, die „Zufriedenheit“ unserer Leser auf eine allgütige Probe zu stellen, so sollen die angeführten Zahlen genügen, um unser Thema weiter zu behandeln. Viele dieser Geldmänner haben sich, nach besagtem Artikel, glückliche Umstände benützend, aus ärmlichen Verhältnissen diese wirtschaftliche Macht zu erringen gewußt; was wir gern anerkennen, da unsere heutige gesellschaftliche Ordnung oft solche Zufälle spielen läßt, daß aber zur Anhäufung solcher Güter mehr wie Zufälle mitwirken, sind uns auch Niemand abstreiten können. Der heutige Gesellschaftsbau bildet streng genommen zwei Abtheilungen; die erste bildet die moderne Produktionsweise mit ihrer der arbeitenden Klasse das Mark auffaugenden Thätigkeit; die andere umfaßt die Börse, wo der Ertrag der Arbeit, welchen kleinere Kapitalisten erbeuten haben, durch allerlei Manipulation in die Hände der Großen getrieben wird. Nach einer Statistik ist festgestellt, daß in den Vereinigten Staaten der jährliche Durchschnittswert, den ein Arbeiter erzeugt, 1400 Dollar beträgt; der jährliche Durchschnittsverdienst beträgt aber nur 300 Dollar, also ein Mehrerwerb von 1100 Dollar, welcher von den „Proleten“ eingezogen wird. Wenn wir nun diesen Mehrerwerb mit der großen Masse der Proleten multiplizieren, so erscheint uns dieser Nationalreichtum eines Landes durchaus nicht mehr so ungeheuerlich, da ja doch nur eine Hand voll Kapitalisten diesen Arbeitsverdienst als Profit einführen, und infolge dessen eine solche Ausbeutung des Volkes zu einer solchen gewaltigen Anhäufung von Kapital führen müssen. Ueber die Manipulation der Börse, an dieser Stelle weitere Betrachtungen zu führen, würde uns zu weit von unserem Thema abführen, und es wird schon genügend sein, wenn wir den Fall des Bankhauses Baring-Brothers in London anführen, um zu zeigen, daß das Kapital seine berufenen Vertreter nicht schont.

Wir haben uns bis jetzt nur mit amerikanischen Verhältnissen befaßt und es könnte die Möglichkeit nahe gelegt werden, daß die Konzentration des Kapitals in Deutschland noch nicht so weit sei. Aber da sind wir ebenfalls in der glücklichen Lage, mit einer Statistik, sogar einer amtlichen, zu dienen. Das statistische Jahrbuch von 1890 für das Deutsche Reich, herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amte in Berlin, bringt eine Zusammenstellung der im deutschen Brauereigebiete bestehenden Betriebe; nach derselben waren:

Jahr	Betriebe	Mit einem Ertrage von
1874	13,030	20,5 Mill. hl.
1875	12,701	21,3
1876	12,535	20,9
1877/78	12,186	20,4
1878/79	11,867	20,3
1879/80	11,647	20,0
1880/81	11,564	21,1
1881/82	11,266	21,3
1882/83	10,921	22,1
1883/84	10,703	23,4
1884/85	10,620	24,6
1885/86	10,365	24,3
1886/87	9,708	26,6
1887/88	9,639	27,5
1888/89	9,556	28,7
1889/90	9,275	32,2

Diese durchaus zuverlässigen Zahlen beweisen unsere Behauptung, daß das Kapital sich immer mehr konzentriert, glänzend, und mancher Innungsmeister dürfte sich bei vergleichender Zusammenstellung doch nach dem Zopfe fassen, um sich zu überzeugen, ob er noch da ist. Im Jahre 1872 gab es 14,157, und im Jahre 1890 gab es 9275 Betriebe im Brauereigebiete. Es sind also 4882 = 1/3 der Betriebe aus dem Jahre 1872 zu Grunde gegangen. Die Produktion belief sich im Jahre 1872 auf 16,1 Mill. hl., im Jahre 1890 32,2 Mill. hl., sie ist also gerade um das Doppelte, um 100 Prozent, gestiegen. Hiegegen ließe sich ja nichts einwenden, im Gegenteil, uns kann eine zunehmende Produktion nur recht sein, allein wie angeführt, haben sich die Betriebe seit 1872 um 4,882 reduziert; würde nun die Zahl der Betriebe mit der zunehmenden Produktion gleichen Schritt gehalten haben, so hätte Deutschland 1890 28,314 Brauereien aufzuweisen müssen. Dies ist aber nicht geschehen, sondern die Zahl der Betriebe ist mit einer geradezu bemerkenswerten Präzision von Jahr zu Jahr gesunken; da nun diese geringere Zahl der Betriebe von 1890 eine größere Produktion als die viel größere Zahl der Betriebe von 1872 aufzuweisen haben, so ist es selbstverständlich, daß die einzelnen Betriebe im Jahre 1890 viel größer sein mußten, als die des Jahres 1872 waren. In der That lieferte durchschnittlich je Brauerei 1872 1137 hl. Bier, 1890 dagegen 3472 hl. Bier, also dreimal so viel. In jedem der größeren Betriebe von 1890 steckt infolge dessen mehr Geld, als in jedem kleineren von 1872, mithin hat also eine Anhäufung des Kapitals in den 1890 bestehenden Betrieben stattgefunden. Diese Konzentration des Kapitals hat aber für die große Masse des Volkes noch andere Umstände im Gefolge; wir haben gesehen, daß die Brauereibetriebe innerhalb 18 Jahren zirkeln ein Drittel weniger geworden sind, diese Verminderung konnte aber nur auf Kosten der kleineren Betriebe und zwar dadurch, daß die großen Betriebe, vermöge ihrer technischen Vervollkommnung, leistungsfähiger sind, und dadurch die Zwergbetriebe konkurrenzunfähig machen.

Diese Erscheinung tritt aber nicht allein im Brauereigebiete zu Tage, sondern alle Branchen der heutigen Produktion zeigen dieselbe Tendenz. Die Konzentration des Kapitals hat nun auch folgebessert für das arbeitende Volk sehr schlimme Folgen. Es werden immer mehr bis dahin selbstständig produzierende Menschen zur Arbeit für Andere, zur Lohnarbeit herbeigezogen, und werden so zu Konkurrenten der Arbeiter, um im Verein mit den durch Maschinenentwurf entbehrlich gewordenen Arbeitern den Arbeitsmarkt unsicher zu machen, um Angebot und Nachfrage herbeizuführen.

Dieser Zustand der Unsicherheit ist es nun auch, welcher die heutige Arbeiterschaft ihre Organisationen hat gründen lassen, um der Ausbeutung des Kapitals entgegen zu treten, um die Maschinenentwurf durch Verkürzung der Arbeitszeit als Wohlthat für die Menschheit zu schaffen, um überhaupt ein der heutigen Kultur angepasstes, menschenwürdiges Dasein zu führen. Doch nicht allein die gegenwärtige Lage zu verbessern, das ist die Arbeiterthätigkeit, nicht, um die Zukunft der Arbeit für die Gesamtheit günstig zu gestalten, um jeden in den Vollgenuss seiner Arbeit zu setzen, und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaßen. Und hier leistet uns das Kapital den besten Vorspann, während es sich in immer weniger Hände zusammenrafft, was wir durch unsere heutige Statistik hinreichend bewiesen haben, was noch deutlicher zu Tage tritt, wenn wir aus dieser Statistik einen keinen Schluß auf die Zukunft machen. Innerhalb 18 Jahren haben sich die Betriebe um

ein Drittel reduziert, in weiteren 18 Jahren würden (unter gleichen Verhältnissen) also schon zwei Drittel der Betriebe von 1872 nicht mehr sein, und das Resultat dieser Verchiebung wird sein, daß die Gesetzgebung sich der quantitativ größeren Masse des Volkes anpaßt, und für das Wohl der Gesamtheit fördernde Bestimmungen erläßt. Wir können also darum nicht genug den Werth der Organisation schätzen; wenn wir auch gegenwärtig gegen Widerwärtigkeiten aller Art zu kämpfen haben, so wird doch, eingebet des Ausspruchs eines Volksmannes: „Der kleinste Arbeiterverein von heute hat für den Kulturhistoriker späterer Zeiten mehr Interesse als die Schlacht bei Sedwana“, der Arbeit die Zukunft gehören. R. . ch.

Korrespondenzen.

Braunschw.ig. Am 31. Januar war unsere vierteljährliche Generalversammlung; auf der Tagesordnung stand: 1) Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal 1890; 2) Neuwahl des Gesamtvorstandes; 3) Regelung des Herbergswezens und Arbeitsnachweises; 4) Verschiedenes. Der Geschäftsgang im verflochtenen Quartal ist als günstig zu bezeichnen, denn unsere Vermögenslagen waren meist schwach besetzt. Seit unserer Lohnbewegung hier schienen die Kollegen auf einen ganz verkehrten Standpunkt gekommen zu sein; der Indifferentismus ist wieder vorherrschend, wodurch es schwer ist, einen Verein zu halten, geschweige zu verbessern. Den zielbewußten Kollegen kann aber das doch nicht entmutigen, und streben wir immer danach hin, unsere gute Sache zu erhalten und zu fördern. — Der Kassenbericht für's 4. Quartal ergab: Einnahme 59.06 M., Ausgabe 35.50 M., bleibt Kassenbestand 23.56 M. Die Richtigkeit wurde von den Revisoren beglaubigt und dem Kassirer Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Schmeun als erster Vorfigender, als Stellvertreter Bräuner und zum Kassirer Tiele wieder gewählt. Neugewählt wurde zum Schriftführer Steffens, zu Revisoren Höbbelmann und Michalski. Die Regelung des Herbergswezens und Verbindung des Arbeitsnachweises damit, erforderte eine längere Debatte; einige Kollegen konnten sich für diesen Punkt nicht besonders erwärmen. Nachdem von mehreren Rednern die Förderung des Herbergswezens als besonders wichtig hervorgehoben wurde, indem es als ein Agitationsmittel angesehen werden könne, wurde beschloffen, die Reiseunterstützung an durchreisende Verbandskollegen auch auf der Herberge auszuhalten. Es wurde eine 7 gliedrige Kommission gewählt, welche zur weiteren Regelung unserer neuen Einrichtung beauftragt wurde. Unter „Verschiedenes“ mußte leider unser Vorfigender ein Gehalt ein, worin er um Erlassung der Strafe antrag. Die Strafe wurde freilich nicht erlassen, aber doch auf 10 M. reduziert. Dies kann wieder eine Warnung sein, wie vorständig und genau man mit Behörden-sachen sein muß. Aug. Steffens.

Bremen. Da die Kollegen G. Rüdens aus Eickfeld, D. Koch aus Wagdeburg und A. Bollfras aus Bremen trotz wiederholter Mahnung ihre über 20 Wochen reichenden Beiträge nicht entrichteten haben, sind dieselben aus unserm Verein ausgeschlossen.

Kollege J. M. Engelhardt aus Sulzbach i. B. eruchen wir, die aus unserer Bibliothek mitgenommenen Bücher sofort an uns zurückzugeben.

Für den Buchbinder-Verein J. A. G. Wildner, z. J. Vorfigender.

Eberfeld. Am Montag, den 9. März, fand im Lokale des Herrn Rüseler, Wilhelmstr., eine öffentliche Versammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter statt. Nach Wahl des Bureau's berichtete die Kommission über ihre Thätigkeit, und schlug vor, eine freiwillige Unterstützungs-kasse aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Arbeiter zu gründen. Die Versammlung schloß sich dem an, und soll ein freiwilliger Wirtschftsbeitrag von 10 Pf. pro Woche erhoben werden, im Uebrigen aber nicht begrenzt sein; auch auf weibliche Hilfsarbeiter soll das Unternehmen ausgedehnt werden. Zum Ortsaffirer für Eberfeld wurde Herr Götgen gewählt und wird über die eventuelle Verwendung des Geldes nur in öffentlicher Versammlung beschloffen. Ueber einen weiteren Punkt der Tagesordnung, „Werth der Zentral-Organisation“, referierte Herr Zbancz und beleuchtete die jetzt herrschende Produktionsweise und wie dieselbe eine immer größere Notverarmung erzeuge. Darum sei es notwendig,

daß sich die Arbeiter zu immer größeren Zentral-Organisationen verbinden müssen, um nicht bölig unterdrückt zu werden. Redner kommt dann auf die Drangsalierungen des Sozialistengesetzes zu sprechen und wie die gesetzgebende Körper, nachdem dasselbe gefallen, bestrbt seien, es durch andere Gesetzesentwürfe, z. B. die famosen Arbeitergesetze, durch Arbeitsordnungen und Bestrafung des Vertragsbruchs zu ersetzen. Hieran schloß sich eine rege Diskussion und sprachen sich die Redner alle im Sinne des Referenten aus. Der letzte Punkt „Verschiedenes“ rief noch eine längere Debatte hervor, und wurde namentlich von mehreren Rednern die Hoffnung ausgesprochen, daß die heute gegründete freiwillige Unterstützungs-kasse bald in einem allgemeinen Verband des graphischen Gewerbes aufgehen möge. Daß die Versammlung vom rechten Geiste befeuert war, beweist die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heute im Lokale des Herrn Rüseler tagende Versammlung der graphischen Arbeiter sieht nur darin ihr Ziel, daß sie sich vollständig auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stellt und gewillt ist, auf allen Gebieten das Vorgehen der Vertreter der Arbeiterpartei im Reichstage voll und ganz zu unterstützen.“

Um 12 1/2 Uhr schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die Achtstundsbewegung die animierte Versammlung. R. R.

Büffelhof. Wie wohl in allen Vereinen, so bildete auch bei uns in letzter Zeit „der Verbandstag“ das Hauptthema unserer Versammlungen. Treuen die Statutenberatung zwecks Stellung eventueller Anträge, sowie „Stellungnahme zu den in Nr. 6 dieser Zeitung veröffentlichten Anträgen zum Verbandstag“ beinahe fünf Abende ausfüllte, was begrifflicher Weise die Geduld und Ausdauer der Mitglieder auf eine harte Probe stellte, so war doch die Beteiligung derselben eine rege zu nennen und blieb die Stimmung immer eine gute. — Zum Delegirten wurde Kollege Berger mit Majorität gewählt, welcher die Wahl auch dankend annahm. — In einer der letzten Versammlungen wurde unter Antrag, „eine vom Verbandsvorfigenden zu unternehmende Agitationsreise durch Rheinland und Westfalen“, noch einmal besprochen und, da wir die Annahme des Antrages wohl erwarten dürfen, der Antrag gestellt: Jedem Vereine Rheinlands und Westfalens zu empfehlen, aus seiner Mitte eine Agitationskommission zu wählen, welche schon jetzt Schritte thut, um die Vorbereitungen für den Jued jener Reise zu treffen, und besonders in der Umgebung der einzelnen Städte, wo ein Verein besteht, eine rege Agitation entfaltet, die vereinzelt Kollegen auf unsern Verband aufmerksam macht, und wo es möglich Vereine gründet, damit der Referent in recht vielen Städten sprechen kann und seine Reise auch mit dem gewünschten Erfolg gekrönt wird.“ Dieser Antrag gelangte zur Annahme und wurde der Vorstand beauftragt, den bezüglichen Vereinen diesen Vorschlag zu unterbreiten. Wir müßten auch an dieser Stelle die betreffenden Vereine noch einmal eruchen, unserem Vorschlage zuzustimmen und soviel es in ihren Kräften steht zu thun, um dem Referenten den Boden vorzubereiten. — Es mag den Lesern auffällig erscheinen, warum gerade der Verbandsvorfigende die Reise unternehmen soll! Uns war der Umstand maßgebend, daß es, um die indifferenten Kollegen, welche gerade hier in Rheinland und Westfalen von einer fast ungläubigen Gleichgültigkeit gegen unsere Bestrebungen eingenommen sind, aus ihrer lethargie zu wecken, und sie überhaupt nur zu einem Verammlungsbesuch zu veranlassen, es schon einer tüchtigen und betannten Persönlichkeit bedarf; andere Redner, an denen es ja auch in unserer Gegend nicht fehlt, vermögen beim besten Willen in dieser Hinsicht eben nur wenig oder gar nichts zu erreichen. Hier muß die Person, der Name für die Sache Respekt machen, und wer die Verhältnisse in unserer Gegend kennt, wird uns in diesem Punkte Recht geben müssen. Daß es schwerlich einen geeigneteren und tüchtigeren Agitator für unsere Sache giebt, als unsern Verbandsvorfigenden, darüber sind wir uns einig und eben aus diesem Grunde ist jener Antrag gestellt worden, und eruchen wir die Vereine und Delegirten, für die Annahme desselben zu stimmen.

Am 9. d. M. fand hier die zweite graphische Versammlung statt, bei welcher es jedoch, in Folge eines Unwetterstimmes seitens der Tarifkommission der Buchdrucker, noch zu keinem bestimmten Beschlusse kommen konnte, und wurde die graphische Kommission beauftragt, ihre Arbeiten weiter aufzunehmen und nach 14 Tagen eine weitere Versammlung einzuberufen. F. L.

Seipzig. In Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ liefert Kollege K. einen Bericht über hiesige Versammlungen, welcher durch seine subjektive Fassung mich veranlaßt, darauf zurückzukommen. Es ist nicht meine Absicht, auf alle Einzelheiten einzuge-

gehen, aber in dem Bericht über die diesige graphische Verammlung im Kristallpalast schreibt Kollege K., ich habe eine „unklare Opposition“ gemacht ... Was versteht nun Kollege K. unter „unklarer Opposition“? ...

„Nachdem ich das erste Mal gesprochen, und man gesehen, daß ich nicht derselben Meinung war wie einzelne vorherige Redner, frug mich der Vorsitzende ... Sie wollen wohl unsere ganze Sache verderben? ...“

„Graz.“ Am 7. März fand die statutenmäßige halbjährige Generalversammlung des hiesigen Fach- und Unterhaltungsvereins statt. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht ist zu entnehmen, daß der Verein im verfloffenen halben Geschäftsjahre eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung, 4 Monatsversammlungen und 6 Ausflüge unternommen ...

und zwar nicht mit leeren Worten, sondern beweist es durch die That, agitiert für den Verein, damit die Mitgliederzahl sich vermehre und wir dann unser Ziel erreichen. ...

„Röln.“ Wiewohl aus unserem Verein wenig zu berichten ist, so halten wir es doch für nötig, mindestens ein Lebenszeichen den Verbandsvereinen zu geben und das Wenige zu veröffentlichen. ...

Wir haben deshalb auch vor Allem unsere Hauptaufmerksamkeit darauf zu legen gesucht, zur Gewinnung von Mitgliedern eine regere Agitation ins Leben zu rufen. ...

Durch ein Vereinsmitglied wurde in letzter Zeit auch eine Werksübernahme eines der größeren Geschäfte zu Stande gebracht, bei Gelegenheit, die in belagtem Geschäfte ...

wo unsere Verbandsmitglieder beschäftigt sind, welche mindestens die besseren Stellen inne haben. ...

„Winterthur.“ (Schweiz). Endlich haben auch die hiesigen Kollegen, um zur Verbesserung ihrer Lage beizutragen, einen Fachverein der Buchbinder und verwandter Berufsstände gegründet. ...

Kollegen, daß es an der Zeit ist, unsere Lage zu verbessern, habt ihr durch Gründung eines Fachvereins bewiesen. ...

nichts“ haltet fest zusammen, damit, wenn ein die Nothwendigkeit an uns herantritt, in eine Lohnbewegung einzutreten, wir derselben auch voll und ganz gewachsen sind. ...

„Einfiedeln.“ (Schweiz). Auf meiner Wanderung bin ich hier angekommen und habe im Verlage von Benzinger & Comp. mit seinen für die fromme Welt so berühmten Erbauungs- und Gebetbüchern Arbeit bekommen. ...

„Ein Mitglied, welches sich eine gerichtliche entehrende Strafe zugeht, verliert jeden Anspruch auf Unterfützung der Kaffe.“ ...

Die „Alte“ und die „Neue“ Zeit.

Streitfächer über unser wirtschaftliches Vollenleben. Von W. T. (Fortsetzung.)

Wir sehen also, „Großhospital und Großindustrie“ sind international; überall gleich, dieselben Ursachen, dieselben Wirkungen. ...

Wie aber mit der Vervollkommenung der technischen Hilfsmittel die Produktion sich immer mehr ausdehnt, der Profit ein immer größerer wird, um so mehr werden auch die Arbeiter zur Organisation gedrängt, gedrängt durch die Vergrößerung und die immer mehr grassirende Profitgier der Unternehmer. ...

gütlichen Ausgleich glaubten. Den 6. März 1886 findet die erste Meister-Versammlung statt; dieselbe lehnt die Forderungen der Gesellen ab mit der Motivierung, unter zu schwerer Konkurrenz leiden zu müssen. ...

Anfang Juni petitioniren die Meister beim Regierungsrath, ihnen in ihrer Noth beizuhelfen; mit Hilfe des Gewerbevereins wird nach längerer Diskussion dem Gesuche entsprochen. ...

nach mehr zu nebeln, als dies durch den städtischen Ufaß schon geschehen. Epiller will — wie eingeleit Verhaftungen gezeigt — selbst ein Appelliren an das Solidaritätsgefühl und die Ehre der Arbeiter zum Verbrechen stampeln. ...

Der „Erlaß“ des Stadtrathes von Zürich, sowie die Verfügung der Kantonsregierung haben eine Wirkung gehabt, die diese Schriftstücke haben mußten. ...

blick wählen können, als die Zeit kurz nach 7 Uhr, wo die Arbeiter schaarenweise die Fabriken verließen. Die erregte Menge folgte den Landjägern. ...

Die Zusammenrottungen vor der Hauptwache erneuerten sich den nächsten Tag. Die Feuerwehren von Zürich war aufgeboten, und zwar mit Vetterligerwehren, wiederum eine Ungeheuerlichkeit, da die Ordnungsgewehre Bundesbesitzungen sind, ...

Der Stadtrath. Eine am Sonntag den 20. Juni, Mittags 2 Uhr, abgehaltene großartige Volksversammlung unter freiem Himmel, von mehr als zehntausend Arbeitern besucht, unterzieht das Vorgehen der Behörden einer vernichtenden Kritik, ...

schon „Verbesserungen“ unseres Jahrhunderts wie die Faust aufs Auge ausnimmt. Zwei Monate Karenzzeit ist eine Parodie auf den barmherzigen Samariter des bekannten großen Buches. Jedes Gefühl der Menschlichkeit ist aus diesem Paragrafen verbannt. Der sollte der Arbeiter, der angenommen, im ersten Monate seines Antritts erkrankt, von der Firma gepflegt werden? Nun, der Beweis ist da, daß in diesem Falle dem Arbeiter Arzt- und Apothekerrechnung nach seiner Genesung vom Lohne abgezogen wurde! — Es ist traurig, daß es solche inhumane Arbeitgeber gibt, welche derartige Satzungen in die Statuten einer dem Gemeinwohl doch nützlich sein sollenden Krankenliste aufnehmen.

Wundern muß man sich, daß unter den republikanischen Schweizer Arbeitern noch nicht die Einsicht gekommen ist, daß eine Besserung der Arbeiterlage nur in einer strengen Organisation möglich ist. Nicht der „laibe Schmoß“ allein, sondern auch ihr Einfluß seit berechtigt, an dem Werte der Emigration der Arbeiterschaft mitzuhelfen.

Der feigpiger Arbeitsmarkt!

Wiederholt ist schon die Frage aufgeworfen: „Warum werden von Leipzig keine Berichte über den Arbeitsmarkt in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht? — Ja, warum? — Vom Vorstand des hiesigen Arbeitervereins beauftragt, werde ich nachstehend versuchen, die Gründe der Ined- resp. Ungewissmäßigkeit der Berichte in dem mir aufgetragenen Sinne mitzuteilen:

Die Rubrik „Arbeitsmarkt“ in unserer Zeitung hat wohl den ursprünglichen Zweck, die Kollegen über den Geschäftsgang, sowie über die damit zusammenhängenden Nachfragen und Angebote von Arbeitskräften zu unterrichten, resp. im Bedarfsfalle Arbeitskräfte heranzuziehen, oder umgekehrt, abzugeben. Wo hat man aber nun z. B. bis jetzt gesehen, daß wenn genügend Arbeit vorhanden, nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren? Soviel bekannt, kann das ja überhaupt bei der jetzigen außerordentlich technisch fortschreitenden Hervollkommnung der großkapitalistischen Produktionsweise nicht vorkommen, und darum kann auch, solange der gegenwärtige Gesellschaftszustand besteht, von einem Mangel resp. Nachfrage nach Arbeitskräften gar keine Rede mehr sein.

Für den Fall nun, daß wirklich eine „flotte“ Geschäftsperiode eintritt, hat man ein ungeschätztes Heer von Arbeitern, welches auf einen Wink bereit steht, um Arbeit anzunehmen. Es wird interessanter sein, zu erfahren, daß nach Rechnung unserer Statistik, — (deren Veröffentlichung in Kürzen erfolgt) 34 Prozent Arbeiter der hiesigen Buchbinderei auf unbestimmte Zeit, und nur 66 Prozent permanent Beschäftigung haben. — Dazu kommt, daß wir circa 37 Prozent sogenannte ungelernete Arbeiter hier haben, von denen ein Teil sich bei stauem Geschäftsgange anderen Erwerbzweigen zuwendet, und welche namentlich in der größten hiesigen Buchbinderei zu Beginn der „Saison“ eingestellt werden. Dieses sind in der Regel sehr „zufriedene“ Arbeiter, sonst würden sie nicht jährlich wieder eingestellt, und es ist erklärlich, daß diese Leute „zufriedener“ sind, weil sie infolge ihrer Verchiebenartigkeit Sommer und Winter Arbeit haben, während die meisten Arbeiter in der „schlechten Zeit“ wenig, und Viele gar nichts verdienen.

Es gibt z. B. von den bekanntesten: Dreißigen-

lutscher, Schieh- und Schaubudenretommandante und namentlich eine nicht geringe Zahl Kellerer. Diese Leute also besetzen zunächst die sogenannten Winterstellen, und wenn dann noch Kräfte gebraucht werden, so kommen erst die noch arbeitslosen, mit denen die Leipziger Prinzipale, vermöge des großen Angebots, sehr wählerisch umgehen.

Wie nun aus Vorstehendem zu ersehen, würden wir, falls wir über den Arbeitsmarkt berichten wollten, nur regelmäßig alle 4 Wochen schreiben können wie der Geschäftsgang ist, aber jedesmal dabei bemerken müssen, daß Arbeitskräfte genügend vorhanden sind. Da das aber den Zweck des „Arbeitsmarkt“ völlig wertlos macht, haben wir stets davon abgesehen.

Eine Uebersicht von Arbeitskräften wird schon durch die vielen zureisenden Kollegen geliefert, und wer will es denen verdenken? Sind doch in den Provinzialstädten ebenfalls genügend Arbeiter überflüssig; da ist es ja selbstverständlich, daß die Leute sich den größeren Arbeitsstellen zuwenden, denn hier ist die Arbeitsgelegenheit immer leichter als in der Provinz, und zudem auch die Aussicht des höheren Verdienstes. Es ist sonach wohl nicht anzunehmen, daß sich Jemand abhalten ließe durch die Bemerkung: „Arbeitslose genügend am Ort.“

Wo sollen denn die Leute hin? Ueberall sind Arbeitslose genügend am Ort, und ist es schon so wie so nicht angenehm, arbeitslos zu sein, so darf man auch Niemanden abhalten, Arbeit zu suchen wo er sie finden kann, d. h. wenn es sich mit der Solidarität der Interessenten der allgemeinen Arbeiterschaft verträgt, wie das ja im Falle einer Sperrung oder eines Streiks wesentlich anders ist.

Sollen die Berichte des Arbeitsmarktes also einen Werth haben, so ist es nötig, daß die Arbeitszeit derartig verfaßt wird, daß man in der sogenannten „guten“ Zeit schreiben kann: Arbeit vorhanden, Arbeitskräfte gesucht! Dann wird es wohl bald dahin kommen, daß die „schlechte“ Zeit verschwindet, um einer besseren „guten“ Platz zu machen, in der nicht die Erstlings tausender Arbeiter von Einzelnen frödel auf Spiel gesetzt werden kann, und statt jetzt der Prinzipal die Arbeiter wählt, welche er beschäftigen will, so werden dann die Arbeiter ihren Prinzipal wählen, dem sie arbeiten wollen. Pro futuro E. Scherer.

Korrespondenzen der Generalkommission.
Aufruf an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Bekanntlich hat die Fraktion der sozialdemokratischen Partei beschlossen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, den ersten Mai in diesem Jahre nicht durch Abwesenheit der Arbeit zu feiern, sondern die offizielle Feier auf Sonntag den 3. Mai zu verlegen. Dieser Vorschlag dürfte, soweit bis jetzt Verhandlungen in Arbeiterversammlungen darüber stattgefunden haben, allseitig akzeptiert werden, weil er den gegenwärtigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes entspricht. Dagegen sollte die Anregung, welche die Waifeier in Betreff der Verkürzung der Arbeitszeit geben soll, nicht unbenutzt vorübergehen dürfen. Wir sollen uns nicht damit begnügen, den herrschenden Klassen zu zeigen, wie groß die Zahl Derjenigen ist, welche durch die Theilnahme an der Feier zeigen, daß sie einen kürzeren Arbeitstag wollen, sondern wir müssen suchen, auch diesem Verlangen praktischen

Ausdruck zu geben und Mittel und Wege einschlagen, die entloste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Organisation, durch wirtschaftliche Kämpfe zu verhindern. Das erste Erforderniß für diese Kämpfe aber sind genügend Mittel. Sobald das Unternehmen sieht, daß die sich zum Kampfe rühmenden Arbeiter über größere Fonds verfügen, wird es in den meisten Fällen geneigt sein, den gestellten Forderungen nachzugeben. Diese Behauptung ist oft genug durch thätigliche Vorkommnisse bestätigt worden. Nur das Vertrauen auf unsere Schwäche, nur das Bewußtsein, daß wir nicht im Stande sind, größere Kämpfe durchzuführen, ist es, was den Uebermut des Unternehmertums hervorruft, was bemessen den traurigen Muth giebt, jede Forderung der Arbeiter, und besonders diejenige, welche auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind, abzulehnen.

Die deutschen Arbeiter sollten endlich zu dieser Erkenntnis kommen und damit beginnen, größere Fonds für die wirtschaftlichen Kämpfe zu begründen.

Der erste Mai bietet die beste Gelegenheit hierzu. Wenn dem Vorschlage der Fraktion Folge gegeben wird, dann sollte sich jeder Arbeiter verpflichten, ein Drittel oder ein Viertel des Arbeitsverdienstes am ersten Mai zur Anlage eines allgemeinen Fonds zu ferneren Kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit herzugeben. In einzelnen Arbeiterversammlungen ist ein solcher Beschluß auch schon gefaßt worden. Um die auf diese Weise zusammengebrachten Summen nicht zu theilen und in einzelnen Posten in den Städten liegen zu lassen, erscheint es gerathen, wenn die Sammlungen durch eine Zentralstelle gehen und so ein Zentralfonds geschaffen wird, während die einzelnen kleinen Fonds einer Zersplitterung der Kräfte gleich wären.

Deshalb beschloß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, alle Arbeiter aufzufordern, sich dem Beschluß der Stuttgarter Gewerkschaften, welche die eingehenden Summen dem Generalfonds zuführen wollen, anzuschließen. Zur Kontrolle für die Sammlung werden von der Generalkommission Marken in folgendem Werthe ausgegeben werden: a 25 Pf. für weibliche, a 50, 75 Pf. und 1 Mt. für männliche Arbeiter. Von einer Ausgabe von Sammellisten oder Quittungslisten ist Abstand genommen worden. Der Vertrieb der Marken soll durch an jedem einzelnen Orte zu wählende Kommissionen besorgt werden. Die Kommissionen sind am gerathensten in allgemeinen Volksversammlungen zu wählen und haben event. die Marken an die am Orte befindlichen Gewerkschaften abzugeben.

Die gewählten Kommissionen bitten wir, die Adresse ihres Vertrauensmannes an den Unterzeichneten einzuschicken, und wird die gewünschte Anzahl Marken an diesen Vertrauensmann abgehandelt werden. Die Sammlungen sollen sich auf einen möglichst kurzen Zeitraum beschränken und innerhald 14 Tage nach dem ersten Mai beendet sein.

Es wird jedem mit den Verhältnissen Vertrauten einleuchten, welchen gewaltigen Werth das Vorhandensein eines Reservfonds für alle weiteren Kämpfe haben muß, und erwarten wir, daß die aufgebrachte Summe dem Unternehmertum Respekt vor der Einmüthigkeit und Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter einflößen wird.

Darum auf, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr gewillt seid, praktisch mit Hand anzulegen in dem Emigrationskampfe des Proletariats, tretet zusammen, wählt die gebachten Kommissionen und sorgt dafür, daß jeder Genosse und jede Genossin ein Scherlein zu diesem untern wichtigsten Kampfesmittel beiträgt.

Nur durch eigene Kraft werden wir uns aus den unwürdigen Banden des Kapitalismus befreien, nur auf uns selbst haben wir zu vertrauen. Unsere Einmüthigkeit sei unsere Stärke, unsere Opferwilligkeit unser Fort!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands!
J. A. C. Legien, Vorsitzender,
Hamburg-St. Georg.

An der Koppel 79, erste Etg.

Situationsbericht. Den Fabrikanten in Bühl O./E. erwucho in der Polizeibehörde ein Vandalengeschoß. Auf Grund eines französischen Geheiß vom Jahre 1834 wurde der Fabrikverein der Textilarbeiter verboten. Obgleich gegen dieses Verbot Beschwerde geführt ist, so wurde der Zweck desselben doch erreicht. Theils durch die hieudurch hervorgerufene Einschüchterung, wie auch der Lockerung der Verbindung unter den Ausstehenden, Johann aber auch durch die Versprechungen der Fabrikanten ließ sich der größte Theil der Ausstehenden verleiten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Lohnkommission der Textilarbeiter in Bühl will auch den heute noch Feststehenden empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, doch werden 81 Mann, welche als Heher und Aufwiegler angesehen werden, nicht wieder in Arbeit kommen. Wir haben nichts dagegen. Verschärft nur die Gegenläge, Ihr Herren Fabrikanten, die Früchte davon werdet Ihr selbst zu genießen bekommen! — Auch die Heizer und Trimmer in Hamburg waren genöthigt, sich die Reduzierung des Lohnes gefallen zu lassen. Die Zeit für den Austausch war eine höchst ungünstige. Wegen der Eisverhältnisse der Elbe konnten die Schiffe nicht ausfahren, so daß die Arbeiter Zeit gewonnen, aus dem gewaltigen Heer der Arbeitslosen in diesem Winter genügend Leute zu finden, welche bereit waren, zum Schaden ihrer Arbeitsgenossen die Schiffe zu besetzen. Wenn auch die auf diese Weise gewonnenen Leute nicht fähig die besagene Schiffsmannschaft er-

setzen können, so genügen sie doch vorläufig, den Transport der Schiffe nicht stoden zu lassen. Die Heizer und Trimmer werden, nachdem sie ihre Organisation geklärt haben, bei günstigerer Zeit den Lohnausfall wieder zu gewinnen suchen.

Die anderen gemeldeten Streiks werden noch mit der alten Hartnäckigkeit weiter geführt und dürfte bei genügender Unterstützung der Erfolg den Arbeitern sicher sein. Es wird dringend geboten sein, das Aufbringen von Unterstützung an den einzelnen Orten mehr einheitlich zu regeln, damit eine sichere Basis für die Einnahmen der Generalkommission geschaffen wird.

In der Zeit vom 26. Februar bis 4. März gingen bei der Generalkommission ein Mt. 7757,59; darunter vom Buchbinderfachverein Stuttgart Mt. 50, vom Buchbinderfachverein Berlin Mt. 50 und vom Buchbindermännerchor Berlin Mt. 18,60.

Bundschau.

* Sind die Arbeiter-Unterstützungsvereine Versicherungsvereine? Diese Frage, deren Bejahung einer ganzen Anzahl von Vereinen das Lebenslicht ausblasen würde und daher das lebhafteste Interesse der Beteiligten in Anspruch nimmt, beschäftigte am 6. März die zweite Strafkammer des Berliner Landgerichts II.

Der Unterstützungsverein der deutschen Hutmacher hat in vielen Städten Deutschlands Mitgliedschaften, deren jede sich laut Statut einen Ortsvorstand zu wählen haben. Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin wurde im Anfang des vorigen Jahres unter dreifacher Auflage gewählt. Er soll: 1) gegen das Vereinsgesetz verstoßen haben, durch zu späte Einreichung von Statuten; 2) gegen dasselbe Gesetz, durch Einreichung wissentlich falscher Statuten und 3) gegen das preussische Versicherungsrecht, wegen Gründung einer Versicherungsgesellschaft ohne polizeiliche Genehmigung.

Das Schöffengericht zu Berlin verurtheilte die Hutmacher H. Kruse, C. Kempe, W. Schierjott, C. Otto und J. Ded wegen der unter 1 und 3 genannten Vergehen zu einer Geldstrafe. Alle fünf Angeklagte legten Berufung ein und das Landgericht I Berlin sprach am 6. Oktober die Angeklagten ganz frei. Hiegegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und das Kammergericht wies die Sache vor das Landgericht II zu Berlin zu nochmaliger Verhandlung. Die letztere Berufung bezieht sich jedoch nur auf den dritten Punkt der Anklage, Gründung einer Versicherungsgesellschaft ohne polizeiliche Genehmigung. Zur Beweisaufnahme werden die Angeklagten vernommen über ihre Thätigkeit als Vorstandsmitglieder. Dieselben bestreiten, eine Veräußerung für ihre Thätigkeit erhalten zu haben, wollen vielmehr nur Erstattung persönlicher Auslagen und Arbeitsvermummisse erhalten haben, in der Regel sogar pekuniären Schaden von ihrer Thätigkeit gehabt haben. Hierauf wird das Statut des Vereins verlesen und damit auf weitere Beweisaufnahme verzichtet.

Von der Staatsanwaltschaft wird der Antrag gestellt, die Angeklagten wegen Vergehens gegen § 360, Abs. 9 des Str.-G.-B. mit einer Geldstrafe von je Mt. 15 zu belegen.

Der Verteidiger führt aus, daß, wenn überhaupt ein Verstoß gegen § 360, 9, vorliegen würde, nur der Zentralvorstand des Verbandes unter Anklage gestellt werden könne, da die Mitgliedschaft Berlin nur ein Zweigverein sei, und eine einlagbare Forderung, wie im Statut ausdrücklich festgesetzt ist, durch Verweigerung der Auszahlung der Unterstützung nicht entstehen könne, dies lese aber § 7 des Versicherungs-gesetzes voraus. Ferner seien, wenn der Herr Staatsanwalt mit seiner Meinung im Recht sei, die Vorstandsmitglieder „Agenten“ der Versicherungsgesellschaft. Ihre Bezahlung aber ist eine so minimale, daß sie selbst nicht nur keinen Vortheil, sondern eher noch Schaden hätten. Drittens endlich können dem juristischen Sinne nach die als Partei beteiligten Personen nie als Richter über die Zahlung der „Versicherungssumme“ (hier die Unterstützung) auftreten. Die Generalversammlung des Vereins sei ober Partei, und entscheide endgültig über die Zahlung der Unterstützungen. Es fehlen somit alle Momente, die der § 7 fordert, und beantrage er freisprechung.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung auf Freisprechung. In der Begründung des Urtheils wurde angeführt, daß die Angeklagten als Vorstände, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer nicht als Vertreter resp. Agenten einer Versicherungsgesellschaft anzusehen seien, also die Kriterien des § 360, Abs. 9, fehlen. Eine Verpflichtung, an welcher den Beteiligten („Verzeichneten“) ein zivilrechtlicher Anspruch zuzufinde, könne in den Leistungen des Vereins nicht gesehen werden, und auch die Anrufung der Generalversammlung habe die Folgen, die das Versicherungsrecht für die Gesellschaften vorschreibt, nicht.

Die gestammten Kosten, welche auf eine nicht unbedeutende Höhe angeschwollen sind, wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

* Wie ein Arbeiter nach amtlicher Festsetzung „leben“ kann. Aus einer Bekanntmachung des amtlichen Kreisblattes für den Kreis Hamm ist zu ersehen, wie „berzlich“ ein Arbeiter mit 300 Mark jährlich „leben“ kann, wie man so zu sagen pflegt, wenn er nur nicht angeheft ist von „sozialdemokratischer Unverschämtheit“. Um die Sache nicht so ganz geringfügig pro Tag erscheinen zu lassen, hat man einfach vom Jahr 65 Tage gestrichen und das Jahr zu 300 Tagen festgelegt. Die 65 Tage

geradezu einen provokatorischen Charakter annehmen. Sie spricht ihre Entrüstung aus über das Blutvergießen, welches die Polizei durch Schießen gegen das Publikum verschuldet hat. Sie charakterisiert die Spiller'sche Verfügung als Verfassungbruch und Amtsmißbrauch, und erklärt, die Schuldigen vor dem Richter zur Verantwortung zu ziehen, um an Stelle der jetzigen Willkürherrschaft die Gesetze wieder zur Geltung zu bringen. Sie brandmarkt die zürcherische Journalistik, die durch ihre Entstellung und Tendenzberichte der Presse des Auslandes willkommenes Material zur Verhöhnung und Bekämpfung unserer republikanischen Institutionen und Freiheiten liefert.“

Am 8. Juli 1886 tritt der Kantonsrath zusammen, um dem Justizrath Spiller ein Zutrauensvotum auszusprechen für sein Verhalten gegen die Streikenden. Das Vertrauensvotum wurde mit 133 gegen 49 Stimmen ertheilt! — Anfang September veröffentlicht die Waifeier eine Proklamationsliste von 24 Mitgliedern aus dem Schloßerfachverein, die also nicht mehr erwarten können, in Büchlein Arbeit zu finden.

Auch hier mußte, wie überall, wenn mangelhafte Organisation und nicht genügende Mittel vorhanden, der Streik zu Ungunsten der Arbeiter enden. Dieser Schloßerstreik wurde hervorgehoben und deshalb so eingehend behandelt, weil die Harmonisiertheit noch ein großer Theil unserer Arbeiter nachbetet; die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie es ins Praktische überseht wird, ist durch diese Vorgänge am Besten gezeigt worden. (Fortsetzung folgt.)

Zu alt!

„Es thut mir wirklich leid, mein Freund, doch wie gesagt — hier Ihr Gebalt — Sie sehn es selbst — Sie sind für uns, für unsere Arbeit schon zu alt! — Sie können nicht mehr arbeiten, und unser einig kann nicht ge Hände nur gebrauchen!“ — Mit diesem leidet der Fabrikant sich ab, sein Weisheit fortzuschmeißen.

(„Wähler.“) Anton Ludwig.

